

BRIEFING PAPER Mai 2022

FLATTENING THE CURVE

DEUTSCHLAND BRAUCHT EIN NOTFALLPROGRAMM ZUR GASEINPSARUNG

MATHIAS KOCH, PIETER DE POUS, LISA FISCHER, BRICK MEDAK

Die deutsche Debatte um die kurzfristigen wirtschaftlichen Folgen eines sofortigen Importstopps russischen Erdgases führt in die Irre: Ohne eine rasche Senkung der Gasnachfrage werden Deutschland und die EU unweigerlich sowohl die wirtschaftlichen Kosten eines dauerhaft erhöhten Gaspreises tragen müssen als auch die politischen Folgen der einseitigen Fokussierung auf Flüssiggas (LNG). Nach den derzeitigen Plänen will die Bundesregierung mehr als zwei Drittel der russischen Gasimporte durch teures LNG ersetzen. Einsparungen spielen in den bisherigen Berechnungen der Bundesregierung dagegen eine weit untergeordnete Rolle: Die Pläne legen nahe, dass die Bundesregierung in den nächsten beiden Jahren Einsparungen von weniger als 2 % anstrebt.

Will Deutschland seine europäische Führungsrolle in der Energiefrage wiedererlangen, seine geopolitische Autonomie stärken, die nationale Energiewende beschleunigen und die hohen sozialen, wirtschaftlichen und klimatologisch Schäden von LNG-Importen vermeiden, braucht es dringend ein wirkungsvolles, verpflichtendes Einsparprogramm für Gas. Es braucht eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung, um den in



den Herbst- und Wintermonaten deutlich ansteigenden Gasverbrauch zu reduzieren ("flatten the curve"). Studien zeigen, dass innerhalb eines Jahres Einsparungen von 15 % bis 20% technisch möglich sind. Deutschland sollte vergleichbare Maßnahmen auf EU-Ebene anregen. Nur indem sich Deutschland und die EU auf sofortige Gaseinsparungen konzentrieren, können sie ihre strategische Unabhängigkeit von Russland erhöhen, ohne dabei ihre Klima- und Energieagenda aus den Augen zu verlieren.

Sofortige Maßnahmen sind politisch geboten

Politische Folgen der aktuellen Strategie

In den letzten Wochen wurden innerhalb und außerhalb Deutschlands zahlreiche Stimmen mit der Forderung laut, die Bundesregierung sollte in Folge des russischen Einmarsches in der Ukraine den Import russischer fossiler Brennstoffe beschränken oder beenden. Die Bundesregierung hat bereits ein schrittweises EU-Embargo für Kohle und Öl akzeptiert. Sie hält jedoch, zumindest vorläufig, an ihrem Zeitplan fest, die Einfuhren von russischem Gas bis 2024 auf zehn Prozent des Gesamtverbrauchs zu reduzieren, ohne ein klares Enddatum zu nennen.¹

In Deutschland wird eine intensive Debatte über die wirtschaftlichen Auswirkungen eines sofortigen Gasembargos geführt. Viele Modelle gehen für diesen Fall von einem Wirtschaftsabschwung in der Größenordnung von etwa drei Prozent des BIP aus. Andere Ökonomen vertreten den Standpunkt, dass die genauen wirtschaftlichen Folgen schlichtweg nicht zu berechnen sind und potenziell deutlich schlimmer wären. Sie begründen dies damit, dass Gas in großem Umfang in der Grundstoffindustrie verwendet wird, deren teilweiser Ausfall schwerwiegende Folgewirkungen nach sich ziehen könnte. Bundeskanzler Scholz selbst bezeichnete es als "unverantwortlich" zu behaupten, die wirtschaftlichen Folgen könnten genau vorhergesagt werden. Industrie und Gewerkschaften haben vor einem sofortigen Embargo gewarnt. Keine der im Bundestag vertretenen Parteien befürwortet derzeit einen solchen Schritt.

¹ Bundesregierung, *Erster Fortschrittsbericht Energiesicherheit*, März 2022



Auf europäischer Ebene erhielt Deutschland für seine Zurückhaltung gegenüber einem Gasembargo starke Kritik, insbesondere von Polen und den baltischen Staaten. Weithin geteilt wird die Einschätzung, dass Deutschland seine übermäßige Abhängigkeit von billiger russischer Energie selbst verschuldet hat. Einige Beobachter kontrastierten die teilweise als moralisierend wahrgenommene Führungsrolle Deutschlands während der Eurokrise mit dem nun offensichtlich gewordenen historischen Scheitern seiner Russlandpolitik. Auch wenn die Unterstützung eines Ölembargos und die umfassenderen deutschen Waffenlieferungen etwas Druck aus der Debatte genommen haben: Deutschlands Anspruch auf eine europäische Führungsrolle hat zumindest erheblichen, möglicherweise sogar bleibenden Schaden erlitten. Die Ausladung des Bundespräsidenten durch die Ukraine könnte als Symbol für diese veränderte Wahrnehmung Deutschlands in der EU und darüber hinaus in Erinnerung bleiben. Zwar ist Deutschland nicht allein in seiner Zurückhaltung gegenüber Energiesanktionen. Sein Einfluss war jedoch maßgeblich dafür, dass sich die EU heute in einer derartigen Abhängigkeit von Russland befindet und bietet noch heute Raum für kleinere EU-Mitgliedstaaten, sich in der Erdgaspolitik hinter Deutschland zu verstecken.

Unweigerlich steigende Gaspreise

Aktuell setzt die Bundesregierung alles darauf, Deutschlands Gasversorgung zu diversifizieren, und bemüht sich dafür um politische Abkommen vor allem mit den wichtigen LNG-Exporteuren USA und Katar. Zugleich treibt sie mit hohem Tempo den Aufbau einer Infrastruktur zum LNG-Import voran, von der wesentliche Teile allerdings nicht kurzfristig zur Verfügung stehen werden und die insgesamt nicht in dem Maße gebraucht wird, wie es die Planungen vorsehen.²

Die bisherige Diskussion um die kurzfristigen Folgen eines sofortigen Importstopps verstellt den Blick für die mittelfristigen Konsequenzen dieser LNG-basierten Strategie. Tatsächlich ist LNG auch über die aktuelle Preisspitze hinaus ein deutlich teurerer Energieträger als russisches Pipelinegas. 10-jährige LNG-Lieferverträge kosten heute 75 Prozent mehr als vor einem Jahr, ein Trend, der sich angesichts einer prognostizierten weltweiten Angebotslücke von jährlich 100 Millionen Tonnen fortsetzen oder sogar verstärken wird. ³ Einem aktuellen Bericht zufolge könnte die EU als Ganze im Jahr 2030 über EUR 250 Milliarden mehr für ihr Gas bezahlen als unter den aktuellen Preisprognosen der

² Artelys, *Does phasing-out Russian gas require new gas infrastructure?*, Mai 2022 E3G, Bellona, RAP, Ember, *EU Can Stop Russian Gas Imports by 2025*, März 2022

³ Bloomberg, Long-Term Gas Deals Become Pricey as World Moves to Quit Russia, April 2022



Europäischen Kommission.⁴ Hohe Investitionen in LNG-Infrastruktur verstetigen nicht nur die damit verbundenen CO2 - und Methan Emissionen, sondern auch diese hohen Kosten.⁵ Dies gilt auch für die langfristigen Vertragsverpflichtungen von 20 Jahren, zu denen Katar die deutschen Vertragspartner offenbar treiben möchte.⁶

Unabhängig davon, wie schnell der Ausstieg aus den russischen Importen vollzogen wird, steht fest, dass Gas in Deutschland künftig deutlich teurer sein wird. Vor dem Hintergrund eines 40-jährigen Höchststands der Inflationsrat war die Bundesregierung bisher nicht gewillt, diese Tatsache transparent zu machen. Sie hat sich stattdessen dafür entschieden, die bereits deutlich gewordenen Preisanstiege zunächst zu subventionieren. Dabei bleibt die Reduzierung des Verbrauchs der einzige gangbare, klimafreundliche Weg, diese volkswirtschaftlichen Kosten der Industrie und den Haushalten zu ersparen. Solange hierüber keine Klarheit herrscht, ist die Frage nach dem Nutzen der Vermeidung kurzfristiger Störungen irreführend.

Politische Argumente für entschlossenes Handeln

Selbst mit ausschließlichem Blick auf die wirtschaftlichen Kosten ist es damit fraglich, ob das von der Bundesregierung versuchte Hinauszögern der hohen Kosten eines kurzfristigen Importstopps sinnvoll ist. Demgegenüber stehen jedoch mehrere politische Gründe, die eine Abkehr von diesem Kurs und damit entschiedenere Schritte nahelegen. Der Kern eines solchen Umdenkens wäre neben dem bereits angestrebten massiven Ausbau der erneuerbaren Energien ein Notfallprogramm zur Gaseinsparung auf nationaler Ebene sowie Anstrengungen, vergleichbare Maßnahmen auch auf EU-Ebene umzusetzen.

Erweiterung der strategischen Handlungsfähigkeit: Sowohl die Sicherheitslage in Europa als auch die russische Exportpolitik von Erdgas bleiben höchst unberechenbar. Russland hat bereits die Exporte in zwei EU-Staaten eingestellt. Eine weitere militärische Eskalation ist nicht auszuschließen, die jegliche weitere Zusammenarbeit mit Russland im Energiehandel umgehend unhaltbar werden lässt. Nur durch Notfallmaßnahmen, die bereits zu Beginn der nächsten Heizperiode ihre maximale Wirkung entfalten, können sich Deutschland und die EU auf alle

⁴ Ember, Global Witness, *The EU's €250 billion gas gamble*, May 2022

⁵ Unter hochrangigen Entscheidungsträgern warnte bspw. Josep Borrell zuletzt vor einem LNG "lock-in": Josep Borrell, *Decarbonization Is Now a Strategic Imperative*, April 2022

⁶ Reuters, *Germany, Qatar at odds over terms in talks on LNG supply deal*, Mai 2022



Eventualitäten vorbereiten, ihren strategischen Handlungsspielraum erweitern und russische Druckmittel reduzieren.

- > Deutschlands Führungsrolle in der EU: Allein zeitnahes und entschlossenes Handeln wird es Deutschland erlauben, seiner Führungsrolle in der EU gerecht zu werden und verlorengegangenes Vertrauen wiederzugewinnen. Deutschland trägt Verantwortung für die Einheit der EU. Durch sein Zögern im Umgang mit den Gasimporten riskiert Deutschland eine große Gruppe von EU-Mitgliedstaaten zu verprellen und damit die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der Energiewende, den Zusammenhalt der EU, zu untergraben. Umgekehrt könnte sich Deutschland mit entschlossenem Handeln in die Lage versetzen, u.a. bei den laufenden Verhandlungen zum Fit-for-55-Paket für ambitioniertere Ziele einzutreten.
- > Geopolitische Dimension: Das deutsche und europäische Handeln hat Implikationen nicht nur für den weiteren Umgang mit Russland, sondern wird auch von anderen geostrategisch zentralen Akteuren namentlich von China eng verfolgt werden. China wird genau beobachten, welche kurz- bis mittelfristigen wirtschaftlichen Kosten liberale Demokratien im Fall einer sicherheitspolitischen Krise in Kauf zu nehmen bereit sind. Auch auf die Beziehungen zu den Ländern des globalen Südens wird sich der eingeschlagene Kurs auswirken: Diese Länder werden wenig Verständnis für eine Politik aufbringen, die sich sowohl direkt (durch einen weiteren Anstieg der LNG-Preise) als auch indirekt (durch eine verpasste Chance für einen besseren Klimaschutz) negativ auf sie auswirkt. Wie Deutschland und die EU mit der aktuellen Energiekrise umgehen, hat somit Folgen für ihre wertorientierte geopolitische Agenda insgesamt.⁷
- > Nationale Klima- und Energiepolitik: Eine schnelle Reduzierung des Gasverbrauchs verhindert umfangreiche Fehlinvestitionen in langfristig nicht erforderliche LNG-Infrastruktur und den damit verbundenen "lock-in"-Effekt. Die freigewordenen Kapazitäten können stattdessen in Einklang mit den Energie- und Klimazielen genutzt werden, indem ohnehin notwendigen Anpassungen der Industrie und Haushalte beschleunigt werden.
- > Gesellschaftliche Akzeptanz der Notfallmaßnahmen und politisches Timing:
 Angesichts der beispiellosen Bedrohung der europäischen Friedensordnung
 und der geschlossenen Verurteilung der russischen Aggression in den
 westlichen Gesellschaften ist davon auszugehen, dass einschneidende und
 kostenintensive Maßnahmen in einem frühen Stadium mehr Akzeptanz finden
 werden. Umfragen zeigen, dass wesentliche Teile der deutschen Bevölkerung

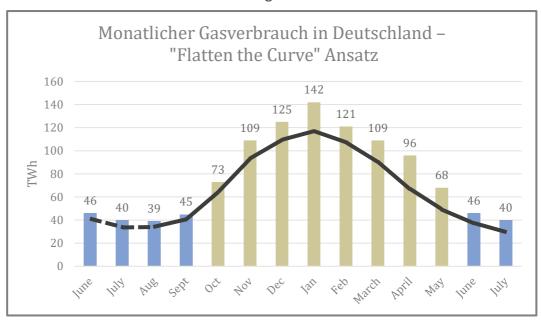
⁷ SZ, Welche Folgen der Krieg weltweit hat, Mai 2022



dazu bereit sind, für Gaseinsparungen persönliche Einschränkungen in Kauf zu nehmen.⁸ Durch eine klare Kommunikationsstrategie, welche den Fokus auf die hier genannten politischen Argumente legt, kann es der Bundesregierung gelingen, einen breiten gesellschaftlichen Konsens herzustellen. Trotz der kurzfristigen Belastungen ist es wahrscheinlich, dass die Vorteile des vorgeschlagenen Kurses bereits zur nächsten Bundestagswahl im Jahr 2025 spürbar sein werden. Auf europäischer Ebene ermöglicht die Wiederwahl des französischen Präsidenten Emmanuel Macron ein ambitioniertes deutschfranzösisches Vorgehen, u.a. zusammen mit den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten.

Flattening the Curve: Ein Notfallprogramm zur Gaseinsparung.

Kern des von uns vorgeschlagenen starken politischen und diplomatischen Ansatzes sollte ein Notfallpaket zur Nachfragereduzierung sein, um die Kurve des steigenden Gasverbrauchs in den Herbst- und Wintermonaten 2022/23 abzuflachen ("flatten the curve"). Die Maßnahmen sollten sich an Industrie und Haushalte richten. Deutschland sollte einen ähnlichen Ansatz auf EU-Ebene unterstützen, indem es die Bedeutung nachfrageseitiger Maßnahmen in den Diskussionen um die REPowerEU-Strategie betont.



Quelle: BDEW (Verbrauchsdaten, 2021); E3G

⁸ Spiegel Online, *Die Angst der Deutschen vor der kalten Dusche*, April 2022



Zwei Monate nach Beginn des Krieges in der Ukraine zeigt Deutschland bei Gaseinsparungen noch wenig Ambition. In ihren Fortschrittsberichten zur Energiesicherheit hat die Bundesregierung ihren Plan dargelegt, die Abhängigkeit von russischem Gas bis Sommer 2024 auf zehn Prozent des Gesamtverbrauchs zu reduzieren. Der Ausbau von LNG soll dabei den Großteil der bisherigen Importe aus Russland ersetzen. Die Anstrengungen, Gas zu sparen, fallen dagegen deutlich zurück: Der zuletzt vorgestellte "Arbeitsplan Energieeffizienz" enthält zwar einige bereits bekannte Maßnahmen im Gebäudebereich, die mittelfristig zu Energieeinsparungen beitragen werden.⁹ Es fehlen aber verpflichtende und kurzfristig wirksame Maßnahmen, die es aktuell dringend braucht. Auch über eine Zielvorgabe für kurzfristige Gaseinsparungen schweigt sich der Arbeitsplan aus. Zuvor veröffentlichte Berichte legen dabei jedoch nahe, dass ein Verbrauchsrückgang in den Plänen nur einen niedrigen Stellenwert einnimmt. Bis Sommer 2024 scheint die Bundesregierung lediglich geringe Gaseinsparungen von weniger als zwei Prozent anzustreben. Vieles davon dürfte auf den Stromsektor fallen, für den ehrgeizige neue Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energie gelten sollen.

Wie viel Gas will die Bundesregierung bis 2024 sparen? *

Importe aus Russland 2021:46 bcm≙ 44 %**Geplante LNG-Importe:- 33 bcm≙ 32%Verbleibende russische Importe:- 10,4 bcm≙ 10%Erwartete Einsparungen:= 1,5 bcm≙ 1,4%

Quelle: Bundesregierung, Zweiter Fortschrittsbericht Energiesicherheit, Mai 2022; BDEW

Dieses Einsparziel entspricht weder der geo- und sicherheitspolitischen Lage noch den deutschen Klimazielen. Es steht auch in deutlichem Kontrast zu mehreren Studien, die sich mit den möglichen Gaseinsparungen im Falle eines sofortigen vollständigen Embargos befassen. Diese Studien zeigen, dass Einsparungen von 15 bis 20 Prozent innerhalb eines Jahres möglich sind. Die Berechnungen basieren auf einem vollständigen Ersatz von Gas im Energiesektor; zudem wären erhebliche Einschnitte beim Verbrauch in Industrie

DIW, Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert, April 2022 BDEW, Kurzfristige Substitutions- und Einsparpotenziale Erdgas in Deutschland, März 2022

^{*}Aufwuchs nicht-russisches Pipeline-Gas nicht berücksichtigt

^{**} Anteil Gesamtverbrauch 2021

⁹ BMWK, Arbeitsplan Energieeffizienz, May 2022

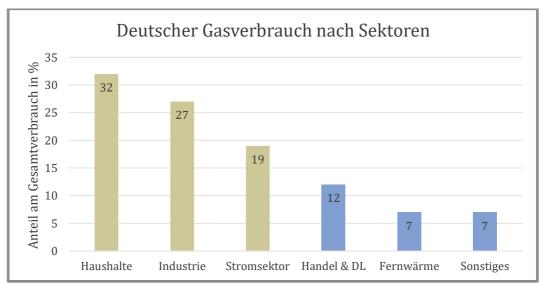
¹⁰ Agora, Energiesicherheit und Klimaschutz vereinen, März 2022



und Haushalten notwendig. Während das gesamte Spektrum möglicher Maßnahmen auch solche umfasst, die außerhalb eines vollständigen Embargos möglicherweise nicht wünschenswert sind, zeigen diese Studien, was kurzfristig technisch machbar ist und sollten daher den Rahmen für die Gestaltung des deutschen Notfallprogramms zur Nachfragereduktion bilden.

Maßnahmen zum Abflachen der Verbrauchskurve

Damit Deutschland die notwendige Nachfragereduzierung und die oben skizzierten politischen Ziele erreichen kann, sind Maßnahmen erforderlich, die über "no regret" und freiwillige Lösungen hinausgehen. Das Konzept der Abflachung der Kurve verweist auf den gesamtgesellschaftlichen Ansatz, der dafür verfolgt werden muss. Wie bei der Eindämmung der Covid-19-Pandemie sind einschneidende, verbindliche Maßnahmen erforderlich. Ihre Akzeptanz wird entscheidend davon abhängen, ob es zu einem Vertrauen in eine gerechte Lastenteilung kommt und ob es der Bundesregierung durch klare Kommunikation gelingt, die politischen und gesellschaftlichen Ziele in den Vordergrund zu rücken, die erreicht werden können, darunter insbesondere die raschere Unabhängigkeit von fossilen Importen aus autokratischen Staaten insgesamt sowie die finanziellen Einsparungen für Industrie und Bevölkerung.



Quelle: Agora Energiewende, Energiesicherheit und Klimaschutz vereinen, März 2022

Mehrere bekannte Experten haben ein wirksames Programm zur Nachfragereduzierung für Deutschland gefordert. ¹¹ Italien hat bereits

¹¹ Veronika Grimm, *Energie wird mit oder ohne Embargo teurer*, Tagesspiegel, April 2022 Christian Bayer et. al., *Abhängigkeit von russischem Gas reduzieren, jetzt!*, Frankfurter Allgemeine Zeitung, April 2022



verbindliche Temperaturvorgaben für die Heizung und Klimatisierung öffentlicher Gebäude eingeführt, um Gas zu sparen. ¹² Deutschland hingegen scheint weiterhin auf freiwillige Maßnahmen zu setzen. ¹³

Stattdessen sollte Deutschland ein stufenweises Notfallprogramm zur Verringerung der Gasnachfrage umsetzen, um den Anstieg des Gasverbrauchs im kommenden Herbst und Winter zu begrenzen. Die dadurch ermöglichten Einsparungen müssten anschließend durch Folgeprogramme soweit möglich versteigt werden, um den Gasverbrauch so dauerhaft in Einklang mit den Klimazielen zu bringen.

Die Verteilung des Gasverbrauchs nach Sektoren in den Sommermonaten legt nahe, Beschränkungen zunächst im Industriebereich umzusetzen, und diese anschließend auf Haushalte auszudehnen. Die Maßnahmen könnten zunächst freiwilliger Natur sein, bevor sie schrittweise verpflichtend gemacht werden. Zentral ist es, den substanziellen sozialen und wirtschaftlichen Kosten durch umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen zu begegnen und hierfür die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Das aufgezeigte Vorgehen schafft Zeit, den breiten Ausbau von erneuerbaren Energieträgern zu beschleunigen – ähnlich wie umfangreiche Eindämmungsmaßnahmen am Anfang der Covid-19-Pandemie Zeit verschafft haben, um eine permanente Lösung in Form der Impfstoffe zur Verfügung zu stellen.

Tabelle 1: Maßnahmen zur Abflachung der Gasnachfrage 2022/23

Stromsektor

Dauerhaft: Schneller Zubau erneuerbarer Energien

 Zeitweise: Explizit befristete Verstärkung des Einsatzes von Kohlekraftwerken, bei gleichzeitigem Festhalten an den mittelfristigen Ausstiegsplänen (2030) *

 Zeitweise: Einsatz von Heizöl statt Erdgas in Kraftwerken mit bivalenter Feuerung*

Industrie

 Zeitweise: Reduzierung der Raumtemperatur in Industrieanlagen

¹² Premierminister Mario Draghi fragte dabei: "Bevorzugen wir Frieden oder eine laufende Klimaanlage den Sommer über?". L'unione sarda, *Sanctions, Draghi: "Do we prefer peace or air conditioning all summer?"*, April 2022

¹³ Frankfurter Allgemein Zeitung, *Habeck gibt Energiespar-Tipps*, April 2022



- Zeitweise: Produktionsreduktion in bestimmten Sektoren (während der Effizienzmaßnahmen und Elektrifizierung erfolgen können)**
- Dauerhaft: Elektrifizierung von Niedrig- und Mitteltemperaturanwendungen, inkl. Flächenbeheizung durch industrielle Wärmepumpen
- Dauerhaft: Effizienzmaßnahmen, inkl. Nutzung v. Abwärme
- Zeitweise: Reduzierte Nachfrage nach Industrieprodukten aufgrund steigender Energiekosten, Ersatz durch Importe
- Zeitweise: Brennstoffwechsel (Öl, Kohle, Biomasse, etc.)*

Gebäude, inkl. Haushalte

- Zeitweise: Geringfügiges Absenken der Raumtemperatur
- Zeitweise: Verbrauchsreduktion v. Warmwasser durch Nachrüstung sparsamerer Armaturen und Geräte
- Dauerhaft: Hydraulischer Abgleich v. Heizungen
- Dauerhaft: Einfache Verbesserungen der Gebäudedämmung
- Dauerhaft: Kurzfristiger Einbau von Wärmepumpen
- Dauerhaft: Effiziente Endgeräte und Beleuchtung

Quelle: Agora Energiewende, Energiesicherheit und Klimaschutz vereinen, März 2022; E3G

- * Ein kurzfristiges Hochfahren der Kohlenutzung im Strom- und Industriesektor sollte es nur zusammen mit einer glaubwürdigen Zusicherung geben, die den temporären Charakter dieser Maßnahme betont und die mittelfristige Ausstiegspläne aus allen fossilen Energieträgern nicht in Frage stellt. Parallel dazu muss deshalb der massive Ausbau der erneuerbaren Energien verfolgt werden, die diesem mittelfristigen Ziel entsprechen. Deutschland sollte sich auf EU-Ebene für ein ambitioniertes "Fit for 55" Paket einsetzen, um auch auf diesem Wege den mittelfristigen Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern zu befördern.
- ** Es bedarf eines inklusiven politischen Prozesses, um eine Priorisierung vorzunehmen.

Nachfragereduzierung erlaubt entschlosseneres Vorgehen gegenüber Importen

Wie dieses Briefing zeigt, sollten sich Deutschland und die EU in der aktuellen Krise auf Lösungen konzentrieren, die auf der Nachfrageseite liegen. Die Frage, wie mit den russischen Gasimporten direkt umgegangen werden soll, dürfte jedoch weiterhin umstritten bleiben. Abgesehen von einem vollständigen Importstopp wurden inzwischen verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, darunter auch der Einsatz von Einfuhrzöllen. Dowohl die Risiken und Vorteile angebotsseitiger Maßnahmen sorgfältig abgewogen werden müssen, könnten sie potenziell die nachfrageseitigen Maßnahmen ergänzen, indem sie Einnahmen generieren, die für die soziale Umverteilung und die Finanzierung der Verbrauchsreduzierung verwendet werden können, während sie es teurer

¹⁴ Bruegel, *Cutting Putin's energy rent: 'smart sanctioning' Russian oil and gas*, April 2022



machen, eine Reduzierung der Nachfrage zu vermeiden. Eine rasche Senkung der Nachfrage würde es Deutschland erlauben, die europäische Diskussion dazu voranzutreiben.

Über E3G

E3G ist ein gemeinnütziger, unabhängiger Think Tank mit Büros in London, Brüssel, Berlin, Dublin und Washington, DC sowie einem weltweiten Netzwerk von Expert*innen und Partnerorganisationen. Unser Ziel ist es, den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu beschleunigen und nachhaltig zu gestalten.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website: www.e3g.org

Copyright

Dieses Werk ist unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-SA 2.0 verfügbar. © E3G 2022